



Adliswilereien

Informationen aus dem Gemeinderat

Sitzung vom Mittwoch, 10. Dezember 2025

Von Wolfgang Liedtke

In der letzten Sitzung im Kalenderjahr wird das Budget beraten, was immer auch für Spannung sorgt. In diesem Jahr ging es darum, ob der Steuerfuss um vier oder zwei Prozent oder gar nicht erhöht werden soll. Ausserdem kamen zum letzten Mal Einbürgerungen vor den Grossen Gemeinderat. Das häufigste Wort der Sitzung war – passend zum Budget – „Luxusobjekt“.

Mitteilungen

Stadträtin Marianne Oswald (Grüne) leitete die Sitzung mit einer Erklärung zum Familienzentrum und einer weiteren Erklärung zur Rückerstattung von Versorgertaxen ein. Das Familienzentrum in der Isengrundstrasse wurde im April 2024 als Pilotprojekt gestartet und im September desselben Jahres eröffnet. Bei der Ausstattung mit Möbeln und Spielsachen handelt es sich ausschliesslich um gebrauchte Gegenstände. Im ersten Betriebsjahr wurden ca. 2800 Kinder und 2700 andere Personen begrüsst. Die jährlichen Kosten betragen knapp 100'000 Franken, davon 46'800 für die Miete. 2024 unterstützte der Kanton das Familienzentrum mit 18'000 Franken.

Bei der Rückerstattung von Versorgertaxen handelt es sich um die Konsequenz aus einem Gerichtsurteil, demgemäss der Kanton Zürich für die Kosten der Fremdplatzierung von Kindern aufkommen muss. Die Stadt Adliswil konnte nun die Verhandlungen mit dem Kanton über die Rückerstattung bereits geleisteter Zahlungen der Stadt über 3,7 Mio. Franken abschliessen. Ausserdem konnten für die Jahre 2023/24 und 2024/25 jeweils ca. eine Million Franke transitorisch abgegrenzt werden.

Stadtrat Felix Keller (parteilos) informierte über den Abschluss des Raumentwicklungskonzepts (REK).

In einer Faktionserklärung mit Bezug auf einen Artikel in der NZZ, in dem der Präsident der FDP Adliswil Rolf Schweizer das Familienzentrum als „Luxusobjekt“ und überflüssig bezeichnet hatte, erklärte Angela Broggin (Grüne) folgendes:

Ich möchte als Fraktionspräsidentin Stellung nehmen zum kürzlich erschienenen NZZ-Artikel «Luxusansprüche in der Agglo Adliswil», in dem der Stadt vorgeworfen wird, sie „bespasse“ die Bevölkerung mit staatlichen Mitteln. Dadurch entstand ein einseitiges Bild, das den tatsächlichen sozialen Auftrag der Stadt verfälscht. Die in Frage gestellten Angebote – darunter zentrale Bausteine der Prävention, Integration und Unterstützung – als „Luxus“ zu bezeichnen, wird ihrer Bedeutung in keiner Weise gerecht. Es handelt sich nicht um Nice-to-have-Projekte, sondern um wichtige Grundpfeiler einer funktionierenden, solidarischen Stadtgesellschaft.

Mit niederschweligen Angeboten wie dem Familienzentrum oder den sogenannten Plauderbänkli schaffen wir Orte, an denen Begegnung, Unterstützung und Integration gelebt werden – unkompliziert, alltagsnah und für alle zugänglich. Gerade Investitionen in die Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung erzeugen längerfristig gesehen sogar tiefere Kosten für die öffentliche Hand: z.B. für die Sonderschulung, den Strafvollzug oder das Gesundheits- und Sozialsystem.

Für Gemeinden und Kantone sind gute Rahmenbedingungen für das Aufwachsen von Kindern somit eine wirkungsvolle Massnahme der Armuts-, Gesundheits- und Gewaltprävention. Als Fraktion begrüssen wir deshalb ausdrücklich die Weiterentwicklung solcher Angebote. Wir sind überzeugt, dass sie langfristig nicht nur das soziale Gefüge stärken, sondern auch präventiv wirken – zum Wohle der gesamten Bevölkerung.

Die im Artikel verwendeten Pauschalbegriffe erschweren leider eine sachliche Debatte. Sie sollen gezielt Emotionen wie Ärger und Ablehnung wecken und so eine nüchterne Kosten-

Nutzen-Abwägung behindern. Wir Grünen stehen jedoch für eine konstruktive Debatte statt Schlagworte und die Bewirtschaftung von Empörung. Sachliche Diskussionen über die Herausforderungen unserer Stadt und ein differenziertes Erarbeiten von sinnvollen Lösungen halten wir für langfristig besser für Adliswil und seine Bevölkerung. Dafür setzen wir uns auch weiterhin ein.

Rolf Schweizer (FDP) sah sich zu einer kurzen persönlichen Erklärung genötigt, in der er meinte, wer den Artikel in der NZZ gelesen habe, würde seine Argumentation verstehen. Es folgte eine Fraktionserklärung der FDP, in der Heinz Geissler Bezug auf das Raumentwicklungskonzept nahm und festhielt, dass die FDP das REK unterstütze, soweit die Umsetzung an die finanzielle Machbarkeit gekoppelt ist. Mit einer weiteren Fraktionserklärung äusserte sich Wolfgang Liedtke (SP) zum Familienzentrum:

Lieber Rolf, ich habe den Artikel in der NZZ vom 24. November gelesen und bin der Ansicht, dass er ein enttäuschendes Beispiel für schlechten Journalismus darstellt. Michael von Ledebur hielt es für ausreichend, zum Thema «steigende Kosten in Agglomerationsgemeinden» ausschliesslich FDP-Politiker aus Adliswil zu befragen. Offenbar dachte er, dies sei eine Garantie für ausgewogene Berichterstattung, ist doch Liberalismus ein Garant für gesellschaftlichen Pluralismus. Oder doch nicht?

Rolf Schweizer, Präsident der FDP Adliswil, wohl eher nicht. Er lässt sich mit offensichtlichem Nichtwissen zitieren. Rolf Schweizer – oder soll ich sagen die FDP Adliswil - stuft das Familienzentrum als «Luxusobjekt», als Ausdruck der «zunehmenden Anspruchsmentalität» ein. «Für solche Ideen reiche das Geld einfach nicht.»

Schauen wir uns das «Luxusobjekt» doch einmal genauer an. Zentrales Anliegen des Familienzentrums ist es, mit niederschweligen Förder- und Integrationsangeboten sozial belastete junge Familien zu erreichen, um schwerwiegende und damit kostenintensive Folgen sozialer Isolation abzuwenden. Menschen in Armut sind überdurchschnittlich häufig von Einsamkeit betroffen. Die internationale Forschung bestätigt seit Längerem, dass das Aufwachsen in Armut mit Einsamkeit verknüpft ist. Armutslagen manifestieren sich häufig in der Erwerbslosigkeit. Sie bedeutet Verlust von sozialen Kontakten. Hinzu kommen Schamgefühle und Stigmatisierungserfahrungen. Einsamkeit selbst stellt wiederum ein Armutsrisiko dar. Einsamkeit ist ein in der Schweiz verbreitetes Phänomen. Laut Bundesamt für Statistik haben sich 2017 39 Prozent einsam gefühlt, 2022 waren es bereits 42 Prozent. Daraus ergibt sich ein Handlungsbedarf. Geeignet sind kostenfreie, niedrigschwellige und lebensphasen- sowie lebenslagensensible Aktivitäten, damit Teilhabe ermöglicht und soziale Kontakte aufgebaut werden können. Also Einrichtungen und Orte, die von den betreffenden Menschen für ihren Bedarf aufgesucht werden. Hier erfüllt das Familienzentrum eine wichtige Funktion als Anlaufstelle für junge Familien. Hier erfahren sie, dass sie mit ihrer möglicherweise als schwierig empfundenen Lebenssituation nicht allein sind. Der Austausch mit anderen Betroffenen und die gemeinschaftliche Auseinandersetzung erleichtern die Bewältigung der Probleme.

Warum ist dies besonders wichtig für junge Familien? Hier spielt die Wirkung der frühen Förderung eine Rolle. Frühe Förderung hat zum Ziel, Kinder von der Geburt bis zum Schuleintritt in ihrem Lern- und Entwicklungsprozess in- und ausserhalb der Familie zu unterstützen. Die frühe Förderung umfasst verschiedene Unterstützungsangebote für die Familie, unter anderem auch Spielgruppen. Es geht ausdrücklich nicht darum, bei Kleinkindern musikalisches Talent oder Fremdsprachen zu fördern, wie manche vielleicht meinen, sondern darum, den Kindern ein anregungsreiches Umfeld mit vielfältigen Lerngelegenheiten zu bieten. Die frühe Förderung verringert die Entwicklungsunterschiede beim Kindergarten Eintritt, schafft also Chancengerechtigkeit und verringert zusätzlichen Förderbedarf für einzelne Kinder im Kindergarten und später in der Schule. Sie stärkt die Eltern, unterstützt sie bei ihrer Erziehungsaufgabe und wirkt sich positiv auf die Entwicklung des Kindes aus. Sie stellt eine wirksame Armutsprävention dar, verhindert also die Gefahr, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien später selbst arbeitslos und sozialhilfeabhängig werden.

Nun könnten ja Rolf Schweizer und die FDP die positiven Wirkungen der frühen Förderung als sozialromantische Vorstellungen, für die man kein Geld ausgeben sollte, abtun. Aber

Investitionen in die frühe Förderung zahlen sich aus! Die frühe Förderung macht Gemeinden attraktiver und lohnt sich finanziell. Denn sie hilft, spätere Ausgaben im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen einzusparen. Armutsprävention ist kein Luxus, sondern Notwendigkeit und eine kluge, präventive Investition, die spätere Sozialhilfemassnahmen und Fremdplatzierungen von Kindern vermeiden soll.

Rolf Schweizer (FDP) gab eine weitere persönliche Erklärung ab, in der er erklärte, er wolle jetzt nicht inhaltlich auf die Kritik eingehen, sondern dies in der anstehenden Debatte zur Fortsetzung des Pilotprojekts im Verlauf von 2026 tun.

Fragestunde

Sicherheit im Kinderhaus Werd – Neue Stelle im Einbürgerungswesen – Tempo 30 nach der Volksabstimmung

Reto Buchmann (FDP) bezog sich auf einen Fall, in dem ein Kind aus dem Kinderhaus Werd entlaufen war. Er wollte den Fall bestätigt haben und wissen, welche Massnahmen für die Sicherheit der Kinder ergriffen wurden und ob es weitere Vorfälle gab.

Stadträtin Marianne Oswald (Grüne) bestätigte den Fall des entlaufenen Kindes, bei dem auch die Polizei eingeschaltet wurde. Als Konsequenz habe man den Notfallplan partiell überarbeitet. Das Notfallszenario wird nun zweimal jährlich geübt. Sie bestätigte auch einen weiteren Fall, bei dem ein Kind unbeaufsichtigt auf das benachbarte Schulgelände gelangt war. Man werde jetzt die Gartentore konsequent abschliessen und ausserdem die Lücken in der Hecke, die es im Winter gebe, schliessen.

Urs Huber (SVP) bezog sich auf eine Mitteilung des Stadtrates über eine neue Stelle mit 70 Prozent und erkundigte sich, ob der neue Mitarbeiter angesichts der fortgeschrittenen Digitalisierung bei der Einbürgerung fertige Dossiers einordnen soll oder ob man es hier mit einer Unterforderung am Arbeitsplatz zu tun habe?

Stadtpräsident Farid Zeroual (Die Mitte) verwies in seiner Antwort auf die Publikation des Stadtratbeschlusses vom 11. November und teilte mit, dass nur 20 Prozent der Arbeiten im Einwohnerwesen auf die Einbürgerungen entfalle. Man sei aber zur fristgerechten Bearbeitung der Dossiers verpflichtet. Ausserdem ist die Zahl der Einbürgerungen in Adliswil, das einen Ausländeranteil in der Bevölkerung von 41 Prozent hat, sehr hoch. Man arbeite aber sehr effizient, pro Gesuch werden nur 0,25 Stellenprozent eingesetzt. Damit befinde sich Adliswil in der Spitzengruppe der Zürcher Gemeinden.

Heinz Geissler (FDP) wollte wissen, welche Auswirkungen das Abstimmungsergebnis zur Mobilitätsinitiative auf die Planungen zur Temporeduktion auf der Zürich- und Albisstrasse haben.

Stadtrat Marion Senn (FDP) erläuterte, dass der Ausgang der Abstimmung für Adliswil keine Änderung der Pläne nach sich ziehe. Der Kanton sei bisher schon zuständig gewesen. Selbst bei Gemeindestrassen müssen die Gemeinden Änderungen der Geschwindigkeitsbegrenzung bei der Kantonspolizei beantragen. Eine Herabsetzung auf 30 Stundenkilometer sei auf Kantonsstrassen nur für kurze Strecken möglich. Zwischen den Kreiseln Bahnhofbrücke und Wachtbrücke sei dies wahrscheinlich umsetzbar. Die Strecke zwischen Bahnhofbrücke und Abzweigung Tiefackerstrasse ist aber wohl zu lang für eine Geschwindigkeitsbegrenzung.

Es folgte die Zustimmung zu 16 Einbürgerungsanträgen.

Finanz- und Aufgabenplan 2025 - 2029

Der Finanz- und Aufgabenplan ist die Basis für die Finanz-, Investitions- und Steuerfussplanung. Er zeigt die geplanten Investitionen für die kommenden vier Jahre, die Entwicklung der Verschuldung und die Prognose zu den Steuereinnahmen. Als Berichterstatterin der Rechnungsprüfungskommission (RPK) nahm Silvia Helbling (FDP) eine Würdigung des Finanz- und Aufgabenplans vor. Sie hielt fest, dass die letzte Prognose zum Jahresergebnis 2025 von einem nur kleinen Aufwandüberschuss von 13'000 Franken

ausgeht. Das dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Ausgaben strukturell über den Einnahmen liegen würden. Dies müsse Auswirkungen auf die Investitionen haben. Bis 2029 seien Investitionen für 80 Mio. Franken geplant. Dabei falle auf, dass zwar Investitionen verschoben worden seien, aber andere dafür vorgezogen würden. Die RPK habe festgestellt, dass man die Investitionen nach den Kategorien „N“ für Nachholbedarf und „E“ für Entwicklungsbedarf unterscheide, dass aber eine Kategorie „W“ für Wahl fehle. Positiv sei, dass die finanzpolitische Reserve bisher nicht angetastet werden musste.

Für die SP-Fraktion sprach Wolfgang Liedtke:

Der Finanz- und Aufgabenplan ist die Grundlage für die Gestaltung der Finanz-, Investitions- und Steuerfusspolitik. Ich möchte Euren Blick auf die Finanzentwicklung in der Vergangenheit richten. Die vergangenen Jahre haben es mehrheitlich gut gemeint mit den Finanzen der Stadt Adliswil. Seit 2018 – mit Ausnahme von 2020 – brachten die Jahresrechnungen Ertragsüberschüsse durch unerwartete Mehreinnahmen von juristischen Steuerzahlern wie zum Beispiel Steuerausscheidungen, durch Grundstücksverkäufe und durch die wachsende Zahl natürlicher Steuerzahler. Wir konnten den Steuerfuss von 110 Prozent im Jahr 2011 schrittweise auf 100 Prozent im Jahr 2018 senken und trotzdem vorher aufgeschobene Investitionen im steuerfinanzierten Haushalt von im Schnitt 15 bis 20 Mio. Franken jährlich seit 2010 realisieren. Die Steuerkraft hat sich von 3'100 Franken im Jahr 2010 über einzelne Spitzenwerte bis zu 5'700 Franken 2019 auf heute 4'300 Franken entwickelt. Die extremen Ausschläge in den Werten zur Steuerkraft zeigen deutlich, was die Höhe der Steuerkraft am stärksten beeinflusst: nämlich die Abgaben der juristischen Steuerzahler. Ich habe im Februar 2016 in einem Zeitungsinterview auf die finanziellen Auswirkungen des Wegzugs der Swiss Re hingewiesen. Bedauerlicherweise konnte ein in steuerlicher Hinsicht ähnlich potentes Unternehmen seitdem nicht für den Standort Adliswil interessiert werden.

Die nach wie vor hohen Investitionen und die gleichzeitig sinkende Steuerkraft – vor allem bedingt durch den Wegzug der Swiss Re – haben zu einer sehr hohen Verschuldung unserer Gemeinde geführt. Die langfristigen Finanzverbindlichkeiten betrugen bis Ende 2024 120 Mio. Franken, bei einem Steuertrag von ca. 96 Mio. Franken. Die damit verbundene Zinslast lässt sich nur durch die überaus tiefe Verzinsung von durchschnittlich 0,75 Prozent tragen.

Der Stadtrat erwartete für 2025 ursprünglich einen Aufwandüberschuss von ca. 4 Mio. Franken, der sich laut letzter Prognose offenbar deutlich verringert. Die Verschuldung soll in den kommenden zwei Jahren noch weiter ansteigen und danach sinken, ein Steuerfuss von 106 Prozent vorausgesetzt. Die wirtschaftlichen Prognosen sind schweizweit und europaweit unsicher, nicht zuletzt durch die erratische Steuerpolitik der USA. Ob sich die tiefe Verzinsung noch über viele Jahre fortsetzen lässt, ist deshalb ebenfalls unsicher.

Die meisten Informationen, die ich aufgezählt habe, sollten bekannt sein. Ich habe sie Euch trotzdem nicht erspart. Warum? Ich will aufzeigen, dass das strukturelle Defizit unserer Finanzen durch den Rückgang bei den juristischen Steuerzahlern verursacht ist. Nicht durch sogenannte Luxusobjekte wie ein Familienzentrum oder eine Verbesserung des Erholungswertes des Sihlraums. Auch nicht, weil die aus Zürich zugewanderten Bewohner «das Umsorgungslevel der Stadt Zürich gewohnt» seien, wie ein Adliswiler FDP-Stadtrat der NZZ in einem heute schon erwähnten Artikel über Adliswil erklärt hat. Mehr kann man bei der Analyse der Adliswiler Finanzprobleme nicht danebenliegen.

Was bringen die kommenden Jahre? Neben der Reduktion der Steuerkraft durch die Abwanderung juristischer Steuerzahler haben wir es mit einer demographischen Entwicklung zu tun, die tendenziell dazu führen wird, dass die Zahl der Bezüger von Zusatzleistungen zur AHV steigen wird. Hinzu kommt die von mir bereits erwähnte schlechte konjunkturelle Entwicklung sowie die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt. Die konjunkturelle Entwicklung hat Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und dann mit zeitlicher Verzögerung auch Auswirkungen auf den Sozialhilfebezug. Die Sanierung von günstigem Wohnraum und die Erstellung von ausschliesslich teurem Wohnraum in Adliswil haben Auswirkungen auf den Bedarf nach Unterstützung im Rahmen der persönlichen und wirtschaftlichen Hilfe. Das alles sind übrigens keine Geheimnisse, sondern im Aufgaben- und Finanzplan sowie im Budget 2026 nachzulesen.

Wie gehen wir mit dieser Situation um? Eine Gruppe im bürgerlichen Lager meint, man müsse nun konsequent sparen, um den Steuerfuss nicht erhöhen zu müssen. Das heisst Einsparungen vornehmlich in den Bereichen Kultur, Bildung, Soziales und bei den Investitionen. Ich habe in meiner Fraktionserklärung versucht darzulegen, dass Ausgaben für Bildung und Soziales Investitionen in die Zukunft sind, weil sie präventive Wirkung haben und in Zukunft höhere Kosten vermeiden. Investitionen stoppen? Nun, ich kann mich nicht erinnern, dass wir in den letzten zwei Jahrzehnten unnötige Investitionen – oder Luxusinvestitionen, um mit den Worten der FDP zu sprechen – getätigt hätten. Schon gar nicht auf Antrag der Linken. Selbst beim Stadtsaal, der eine alte Schuld des Stadtrates gegenüber der Bevölkerung darstellt, haben wir uns zurückgehalten. Investitionen sind vornehmlich in öffentliche Gebäude, vor allem in Schulgebäude geflossen. Wir werden später noch über einen Minderheitsantrag aus der RPK zur Erweiterung der Betreuungseinrichtung Zopf debattieren. Es ist ein Irrglaube zu denken, man könne eine notwendige Investition streichen und der Bedarf löst sich dann in der Folgezeit wie von selbst auf. Das Gegenteil ist der Fall: In den meisten Fällen werden die Kosten letztendlich durch ein Aufschieben der Ausgaben höher. Mein Lateinlehrer hatte mir einmal ins Gewissen geredet – reden müssen. Er machte mir im Zusammenhang mit Versäumnissen beim Vokabellernen deutlich, dass Löcher nie gleichbleiben oder gar kleiner, sondern im Gegenteil grösser werden. Diese Regel lässt sich auf das Verschieben von Investitionen wie auch das Kürzen von Bildungs- und Sozialleistungen anwenden. Wer das nicht glauben will, soll nur einmal nach Deutschland schauen. Dort muss nun eine Summe von 900 Mrd. Euro aufgewendet werden, um die Versäumnisse der letzten 25 Jahre aufzuholen – Versäumnisse wegen dem Ziel, eine schwarze Null in den Budgets ohne Steuererhöhung zu erreichen. Diesen Fehler sollten wir nicht kopieren. Wichtig wäre ein effizientes Standortmarketing, um das strukturelle Defizit zu beseitigen. Die SP hat immer wieder darauf hingewiesen, dass das Standortmarketing bisher offenbar nicht ausreichend war. Wir wollen hoffen, dass durch die Umsetzung des Postulats von Esen Yilmaz und anderen zur Etablierung einer eigenen Adliswiler Standortförderung eine Verbesserung erreicht werden kann.

Der Stadtrat schlägt eine Erhöhung des Steuerfusses auf 106 Prozent vor. Das ist nicht erfreulich, aber wohl unumgänglich, um das strukturelle Defizit auszugleichen und die hohen Schulden zurückzuführen. Ein Verzicht auf die Steuerfusserhöhung wäre angesichts der konjunkturellen und internationalen Unsicherheiten unverantwortlich. Ich erinnere daran, dass wir vor 15 Jahren noch einen Steuerfuss von 110 Prozent hatten und in den folgenden Jahren schrittweise um 10 Prozent reduzieren konnten. Auch die 106 Prozent werden nicht lange Bestand haben.

Heinz Geissler (FDP) wies darauf hin, dass Adliswil vor bedeutenden Infrastruktur-Investitionen stehe. Diese hängen zusammen mit dem Wachstum Adliswils. Beim Wachstum müsse Qualität vor Quantität gehen. Die FDP setze sich für eine seröse Entwicklung ein. Dabei müsse strikte Budgetdisziplin gelten.

Der Finanz- und Aufgabenplan ist ein Planungsinstrument des Stadtrates, er wird vom Gemeinderat nur zur Kenntnis genommen. Es gab deshalb keine Abstimmung.

Budget 2026

Silvia Helbling (FDP) berichtete im Namen der RPK. Über die Haltung der Kommission zum vorgelegten Budget. Der bedeutende Rückgang der Steuererträge von juristischen Personen habe über die vergangenen Jahre zu einem strukturellen Defizit in der Jahresrechnung der Stadt Adliswil geführt. Die gestiegenen Gewinne aus Grundstückgewinnsteuern konnten die Folgen dieser Entwicklung vorübergehend dämpfen. Nachdem in den Jahren 2024 und voraussichtlich 2025 und in den nächsten Jahren kein ausgeglichener Haushalt erzielt werden kann und die Verschuldung weiter ansteigt, beantrage der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat, den Steuerfuss von 102 % auf 106 % zu erhöhen. Daneben habe der Stadtrat Einsparungen über 2,3 Mio. Franken in die Wege geleitet. Das Bevölkerungswachstum, die Demographie und die bereits erwähnten rückläufigen Erträge bei den juristischen Personen

haben zu einem unausgeglichene Haushalt und einer hohen Verschuldung geführt. Der aktuelle Steuereffuss könne den Finanzierungsbedarf des Haushalts nicht mehr decken und es sei mit einem Schuldenanstieg in den nächsten Jahren zu rechnen. Der Stadtrat beantrage deshalb eine Erhöhung des Steuereffusses auf 106 Prozent.

Die RPK war sich über die Notwendigkeit einer Steuererhöhung nicht einig. Eine Mehrheit, getragen von der SP, den Grünen, der GLP und der Mitte, sprachen sich für eine Erhöhung auf 106 Prozent aus. Eine Minderheit aus FDP und FW stimmten für 104 Prozent und begründeten dies mit der in den letzten Jahren sehr konservativen Budgetierung des Stadtrates. Eine weitere Minderheit aus dem SVP-Vertreter in der RPK war für die Beibehaltung des Steuereffusses von 102 Prozent, weil seiner Ansicht nach der Stadtrat das Sparpotenzial noch nicht ausgeschöpft habe.

Urs Künzler (SVP) als Vertreter dieser Minderheit verteidigte diese Ansicht und verlangte eine seriöse Planung und die Berücksichtigung ortsansässiger Unternehmen, die in Adliswil Steuern zahlen. Er kritisierte in diesem Zusammenhang die Vergabe der Reinigung der Sportanlage Tüfi an ein auswärtiges Unternehmen. Künzler behauptete, FDP und FW hätten vor den letzten Wahlen versprochen, keine Steuern zu erhöhen. Höhere Steuern würden die Ansiedlung von Unternehmen erschweren. Die SVP sei als einzige Partei loyal gegenüber den Wählern und verlange Einsparungen in Höhe von 2,5 Mio. Franken über alle Produktgruppen hinweg sowie Einsparungen beim städtischen Personal. Als Beispiel für eine unnötige Ausgabe nannte er den geplanten Skate-Park bei der Tüfi. Daniel Frei (FW) wies darauf hin, dass bei einer Steuererhöhung auf 106 Prozent bis 2027 immer noch ein Defizit bleibe. Der Schritt einer Erhöhung um vier Prozent sei zu hoch. Er stimmte den Aussagen von Wolfgang Liedtke (SP) zum Finanz- und Aufgabenplan zu, aber er würde eine Erhöhung auf 104 Prozent für den richtigen Weg halten, weil dann zwar zusätzliche Steuereinnahmen generiert würden, aber gleichzeitig der Anreiz für unnötige Ausgaben entfalle.

Esen Yilmaz (SP) argumentierte für eine Erhöhung auf 106 Prozent:

Ich verzichte auf die Aufzählung einzelner Zahlen, da sie von der Referentin der RPK bereits detailliert ausgeführt wurden. Das Budget enthält bereits CHF 2.3 Mio. Einsparungen, verteilt auf zahlreiche Einzelmassnahmen. Hier ein paar Beispiele dieser Massnahmen:

- *Auflösung Baukommission (– CHF 34'000)*
- *Halbierung Musikalische Grundbildung*
- *Halbierung Grundreinigung der Schulhäuser*
- *Stellenreduktionen; DLB Liegenschaften – 0.4 FTE; Werkbetriebe – 0.5 FTE nicht besetzt, – 0.2 FTE Anpassungen)*
- *Reduktion Kulturförderbeiträge*
- *Gemeinkosten-Senkungen Sport (~ CHF 52'000)*
- *Sachaufwandsreduktionen Soziale Dienstleistungen (~ CHF 109'000)*

Leistungskürzungen würden direkt die Bevölkerung treffen, nämlich:

- *Schulergänzende Betreuung: weniger Plätze, höhere Gebühren*
- *Musikalische Grundbildung: Halbierung der Lektionen*
- *Kulturförderung: weniger Beiträge und Angebote*
- *Soziale Dienste: längere Wartezeiten, weniger Unterstützung für Familien und ältere Menschen*

Kurzfristig mögen diese Einsparungen entlasten, langfristig führen sie zu höheren Folgekosten:

- *Weniger Bildung = mehr Sozialhilfe und Integrationskosten*
- *Weniger Prävention = steigende Gesundheitsausgaben*
- *Weniger Betreuung = geringere Erwerbstätigkeit, höhere Armutsquote*

Hier noch Zahlen, die zeigen, worum es geht

- *Bildung: Volksschule +1.6 %, spezielle Förderung –8.8 %*
- *Schulergänzende Leistungen: –1.3 %*

- *Investitionen: u. a. CHF 1.2 Mio. für Schulhaus Kopfholz, CHF 1.9 Mio. für Turnhalle Wilacker*

Die SP Adliswil sagt Ja zum Budget 2026 und folgt dem Antrag des Stadtrates, weil von diesen Leistungskürzungen sehr viele Bewohner- und Bewohnerinnen betroffen sind. Eine Steuerfusserhöhung ist dabei ein notwendiger Schritt – weil sie die Voraussetzung ist, um Bildung, Betreuung und soziale Sicherheit zu gewähren und sichern. Eine Senkung wäre jetzt völlig falsch: Sie würde die Verschuldung weiter erhöhen und den Handlungsspielraum der Stadt einschränken. Jetzt ist es wichtig auf folgende Punkte zu achten:

- *Stabilisierung des Haushalts*
- *Sicherung von Investitionen in Schulen, Infrastruktur und Klimaziele*
- *Vermeidung von sozialen und finanziellen Folgekosten*

Vor allem geht es jetzt um Kinder, Familien, ältere Menschen und unsere Stadt. Bildung, Betreuung und soziale Sicherheit sind das Fundament für ein attraktives Adliswil. Wer heute spart, gefährdet morgen den Zusammenhalt. Wir danken dem gesamten Stadtrat, der Verwaltung sowie dem Ressort Finanzen für ihre ausführliche Arbeit.

Gabriel Mäder (GLP) wiederholte zunächst die Analyse der SP, dass die Steuerkraft wegen des Wegzugs der Swiss Re und der danach fehlenden Ansiedlung neuer zahlungskräftiger Unternehmen. An die SVP gewandt widerlegte er die Ansicht, dass ein niedriger Steuerfuss eine Unternehmensansiedlung garantiere. Er bestätigte die Aussage von Liedtke (SP), dass der Zuzug zum Finanzertrag der Stadt beitrage, Wachstum also auch Vorteile bringe. Sparpotenzial machte er bei Leistungen wie der Hausaufgabenstunde aus. Sie bestünde aus einem Raum, einer Betreuungsperson und einer freiwilligen Teilnahme der Schülerinnen und Schüler und koste jährlich 200'000 Franken, ohne ein Resultat zu bringen. Abschliessend teilte er mit, dass die Mitte-GLP-EVP-Fraktion zu einem Teil für einen Steuerfuss von 106 Prozent stimmen werde, die Mehrheit aber für 104 Prozent.

Thomas Iseli (FDP) griff zunächst die Stadträtin Marianne Oswald (Grüne) an, sie habe sich mit der Bekanntgabe der Rückerstattung der Versorgertaxe selbst beweihräuchert. Die Rückerstattung sei schliesslich von der FDP in die Wege geleitet worden. Dann kritisierte er den Stadtpräsidenten wegen mangelnder Führung des Stadtrates beim Budgetierungsprozess sowie den gesamten Stadtrat, der aus Einzelkämpfern bestünde. Seine Empfehlung sei der Verzicht auf unattraktiven Baurechtszins und die Rückkehr zum Landverkauf. Pascal Welti (Grüne) dankte Finanzvorsteherin Karin Fein (FW) für die gute Finanzpolitik. Die Ausgaben der Stadt seien zu einem grossen Teil bestimmt durch eidgenössische und kantonale Vorgaben, die grösstenteils vom Volk gewollt seien. Ein Abbau der Schulden ohne eine Erhöhung des Steuerfusses sei nicht realistisch. Die Grünen setzten sich für eine Erhöhung auf 106 Prozent ein. Renato Jacomet (SVP) sprach sich dagegen aus, die Bevölkerung mit einer Steuererhöhung zu belasten. Die SVP stelle den einzigen Schutz der Adliswiler Bevölkerung vor höheren Steuern dar. Simon Schanz (Die Mitte) forderte, die Verantwortung nicht auf den Stadtrat abzuschieben. Der Grosse Gemeinderat habe es selbst in der Hand zu sparen. Die FDP habe zwei Stadträte in Ressorts mit grossem Budget und die Freien Wähler stellen sogar die Finanzvorsteherin. Er forderte konkrete Vorschläge zum Sparen. Gabriel Mäder (GLP) rief in Erinnerung, dass ca. 200 Seniorinnen und Senioren in Adliswil Anspruch auf eine Zuzahlung zur AHV haben, und forderte die SVP auf, doch einen Antrag auf Kürzung dieser Zuzahlungen zu stellen. Auch Sebastian Huber (SVP) erinnerte die FDP daran, dass sie mit zwei Stadträten gut im Stadtrat vertreten sei. Esen Yilmaz (SP) verteidigte den Stadtpräsidenten gegen die Kritik durch Thomas Iseli (FDP) und erinnerte daran, dass nach 2000 unter FDP-Stadtpräsidenten der Steuerfuss mehrfach erhöht wurde. Das grösste Budget verwalte der Schulpräsident aus den Reihen der FDP. Er erinnerte auch daran, dass die FDP vor einem Jahr den Vorschlag für ein Luxusprojekt im Tal, eine Erneuerung der Garderoben in Kombination mit einem Restaurantgebäude für 10 Mio. Franken, eingebracht habe. Eine ungenügende Erhöhung des Steuerfusses führe zu einem grösseren Defizit und zum Anwachsen der Schulden. Er erwiderte auf den Vorwurf der konservativen Budgetierung, dass eine Punktlandung bei der Budgetierung nicht möglich sei. Die FDP verlange diese aber und

hoffe gleichzeitig auf zusätzliche Steuereinnahmen durch Grundstücksverkäufe. Sie solle sich entscheiden zwischen einem hoffnungsvollen und einem realistischen Budget.

Zum Abschluss der Debatte ergriff der Stadtrat das Wort. Stadtpräsident Farid Zeroual (Die Mitte) sagte, an Thomas Iseli (FDP) gewandt, dass die Leaderfunktion eines Stadtpräsidenten überschätzt werde. Laut Geschäftsordnung des Stadtrates liege die Ressortverantwortung bei den Ressortvorstehern bzw. bei der Schulpflege. Man habe in Adliswil keine nordkoreanischen Verhältnisse. Stadträtin Karin Fein (FW) widersprach Thomas Iselis Behauptung, die Rückerstattung der Versorgertaxen sei ein Verdienst der FDP. Sie sei Ergebnis einer Aktion des Kantons und eines Gerichtsentscheids. Sie zählte fünf Faktoren für die finanzielle Situation der Stadt auf:

1. Mehr Einwohner und die gesellschaftliche Entwicklung führten zu einem Mehrbedarf an Infrastruktur für Grundaufgaben der Gemeinde, veränderte Bedürfnisse führten zu höheren Erwartungen an Leistungen bei Gesundheit und Pflege sowie bei der Wasser- und Abwasserversorgung.
2. Wegen eines Wachstumsschubs in den sechziger und siebziger Jahren stammt ein grosser Teil der Infrastruktur wie Versorgungsleitungen und Schulhäuser aus dieser Zeit, ihre Nutzungsdauer sei nun abgelaufen.
3. Hohe Investitionen führen zu hohen Abschreibungen und zu Unterhaltskosten.
4. Der Wegfall grosser juristischer Steuerzahler, die in der Vergangenheit die finanzielle Basis für Steuersenkungen geschaffen hätten, zwingen die Stadt, sich stärker auf die natürlichen Steuerzahler zu stützen.
5. Der kürzlich vorgelegte Dienstleistungskatalog zeige eine Auflistung der freiwilligen, nicht durch eidgenössische und kantonale Gesetze festgelegten Leistungen. Der Stadtrat schlage eine Kombination aus Einsparungen bei den freiwilligen Leistungen und einer Erhöhung des Steuerfusses auf 106 Prozent vor.

Abschliessend teilte sie mit, dass zwei Schulhäuser der Sekundarschule demnächst renoviert werden müssten, wofür ein Investitionsbedarf von 100 Mio. Franken geschätzt würde.

Stadtrat Mario Senn (FDP) verwies darauf, dass in seinem Ressort der Kostenanteil durch Gemeindevorhaben grösser sei als der, der durch Gesetze der höheren politischen Ebenen festgelegt werde. Er griff das Argument der SVP auf, der geplante Skate-Park sei überflüssig, und erinnerte daran, dass die SVP vor zwei Jahren das Fehlen eines Skate-Parks moniert hatte. Ebenfalls adressiert an die SVP meinte er, dass ein Vorzug von Adliswiler Unternehmen bei der Auftragsvergabe ohne Rücksicht auf die angebotenen Preise durch die Stadt nicht zum Sparen geeignet seien und wie dann diese Unternehmen an Aufträge in den Nachbargemeinden kommen sollten, wenn diese ebenfalls Ortsansässige bevorzugten. Für den Unterhalt der Tüfi hätte er persönlich gerne einem Adliswiler Unternehmen den Auftrag gegeben, aber es habe keines ein Angebot eingereicht. Die Ausgaben seiner Ressorts für Leistungen der Spitex würden teure Heimunterbringungen vermeiden.

Der Verlauf der Debatte kündigte deutlich den nahen Wahlkampf an. Insbesondere die gegenseitigen Angriffe der SVP auf der einen sowie der Freien Wähler und der FDP auf der anderen Seite, die in dieser Form aussergewöhnlich sind, sind darauf zurückzuführen, dass FDP und FW ihre drei Kandidaten für den Stadtrat gegenseitig unterstützen, dem Kandidaten der SVP, die gerne wieder im Stadtrat vertreten wäre, diese Unterstützung aber offenbar verwehren.

Da es drei Anträge für den Steuerfuss gab, musste nach dem sogenannten Cup-System abgestimmt werden. Im ersten Wahlgang wurden alle drei Anträge nebeneinandergestellt. Für 106 Prozent stimmten 11, für 104 Prozent 17 und für 102 Prozent sieben Gemeinderäte. Im zweiten Wahlgang wurde über die beiden Anträge, die die wenigsten Stimmen erhalten hatten (also 106 und 102 Prozent) abgestimmt. Beide erhielten 17 Stimmen bei einer Enthaltung. Der Ratspräsident gab per Stichentscheid dem Antrag für 106 Prozent den Vorzug. Schliesslich wurden 106 und 104 Prozent gegenübergestellt. Der Antrag 106 Prozent erhielt 11, der über 104 Prozent 20 Stimmen bei fünf Enthaltungen. Damit beträgt der Steuerfuss ab 2026 104

Prozent. In der Schlussabstimmung wurde, das Budget mit 26 Ja-Stimmen gegen 5 Nein und 4 Enthaltungen angenommen.

Erweiterung der Betreuungseinrichtung Zopf

Die Räumlichkeiten für die Betreuung auf dem Schulgelände Zopf sind an ihre Kapazitätsgrenzen angelangt. Sie befinden sich in einem Gebäude aus den sechziger Jahren an der Zelgstrasse 19. Die Aufteilung der Betreuung auf mehrere nicht zusammenliegende Räume würde mehr Personal erfordern. Der Stadtrat beantragt einen Kredit über 5,4 Mio. Franken, um das Kindergartengebäude auf dem Schulgelände um zwei Stockwerke zu erhöhen. Der Kindergarten soll zukünftig im heutigen Betreuungsgebäude und die Betreuung im aufgestockten Gebäude untergebracht werden. Dieses Gebäude wurde vor ca. 10 Jahren erstellt und so konzipiert, dass eine Aufstockung möglich ist.

Daniel Frei (FW) berichtete für die RPK und hielt fest, dass die vorgeschlagene Lösung gut sei und dass die RPK trotz intensiver Prüfung keine Möglichkeit für eine Kostensenkung bei diesem Vorhaben gefunden habe. Sie unterstütze deshalb mehrheitlich den Antrag des Stadtrates.

Urs Künzler (SVP) vertrat die Minderheitsmeinung der RPK und lehnte das Vorhaben ab. Die Schule sei der grösste Posten im Budget. Die Schülerzahlen würden laut Prognose sinken, der vorhandene Raum für die Betreuung sei deshalb ausreichend. Ausserdem sei es falsch, die Betreuung dem Staat zu überlassen.

Sait Acar trug die Meinung der SP-Fraktion vor:

Die SP unterstützt den Antrag zur Bewilligung des Verpflichtungskredits von CHF 5,406 Mio. für die Erweiterung und Aufstockung der schulischen Betreuungseinrichtung Zopf.

Wir tun dies in Kenntnis der angespannten Finanzlage der Stadt. Dennoch sind Investitionen von insgesamt 24,7 Mio. Franken in die städtische Infrastruktur vorgesehen, um den Werterhalt und die Deckung des Bedarfs sicherzustellen, der durch das Bevölkerungswachstum entstanden ist.

Gerade in dieser Situation ist es wichtig, dass wir die Mittel dort einsetzen, wo sie langfristig den grössten gesellschaftlichen Nutzen bringen. Die Nachfrage nach Betreuungsplätzen steigt kontinuierlich, und die bestehenden Räumlichkeiten sind bereits heute unzureichend. Die gewählte Lösung – die Aufstockung des bestehenden Kindergartengebäudes – ist nicht nur pädagogisch und städtebaulich sinnvoll, sondern auch ökologisch verantwortungsvoll. Sie vermeidet zusätzliche Neubauten, schont Freiflächen und nutzt die bestehende Bausubstanz, wodurch graue Energie erhalten bleibt. Die geplante Bauweise in Holz, die Integration von Photovoltaik und die Wiederverwendung von Materialien tragen zur Nachhaltigkeit bei.

Die Kosten sind transparent und nachvollziehbar: Die Pauschale für den Totalunternehmer beträgt CHF 4,583 Mio., hinzu kommen Möblierung, Umgebung, Baunebenkosten und eine Reserve, was den Gesamtkredit von CHF 5,406 Mio. ergibt. Die jährlichen Folgekosten belaufen sich auf rund CHF 376'000, was im Rahmen der kantonalen Vorgaben kalkuliert wurde.

Wir sind uns bewusst, dass die Stadt einen Sparkurs einschlagen muss. Aber gerade in Zeiten knapper Mittel dürfen wir die Bedürfnisse von Familien und Kindern nicht vernachlässigen. Diese Investition ist eine Investition in die Zukunft von Adliswil – in Bildung, Betreuung und Chancengleichheit. Deshalb empfehlen wir dem Grossen Gemeinderat und den Stimmberechtigten, dem Antrag zuzustimmen.

Heinz Melliger (FW) kündigte trotz Spardruck die Zustimmung seiner Fraktion an. Das letzte Wort habe ohnehin das Volk, weil das Geschäft vor die Urne müsse. Er kündigte eine Diskussion über den Deckungsbeitrag für die Betreuung, also über den städtischen Zuschuss für geringe Familieneinkommen, im kommenden Jahr an. Rolf Schweizer (FDP) sah den Bedarf an Betreuungsleistungen als ausgewiesen an. Die Prognose wies nach oben. Eine günstigere Alternative als die vom Stadtrat beantragte Lösung gebe es nicht. Deshalb würde die FDP-Fraktion zustimmen. Stadträtin Karin Fein (FW) stellte fest, dass die Betreuungsleistungen ein Bedürfnis für Familien mit zwei Erwerbstätigen sein. Die

Erwerbstätigkeit von Frauen sei erwünscht, weil sie das Steuersubstrat erhöhe, AHV-Beiträge bringe und den Bedarf an Arbeitskräften stille. Schulpräsident Markus Bürgi (FDP) erinnerte daran, dass die Bevölkerung seit 2010 um 20 Prozent, die Zahl der Schülerinnen und Schüler sogar um 40 Prozent gestiegen sei. Die Betreuungsleistungen seien in den letzten zehn Jahren sogar um 300 Prozent gewachsen. Die Kosten pro Kind seien seit Jahren konstant. Der Kanton verpflichte die Gemeinden zur bedarfsgerechten Bereitstellung von Betreuungsmöglichkeiten. Da Adliswil auf die natürlichen Steuerzahler angewiesen sei, seien gute Schulen und gute Betreuung wichtig, um die Attraktivität Adliswils zu steigern. Der Antrag wurde mit 27 Ja- zu 7 Nein-Stimmen angenommen.

Überarbeitung des Wasserversorgungsreglements und der Siedlungsentwässerungsverordnung.

Bei den beiden letzten Traktanden ging es um die Überarbeitung zweier Verordnungen, die mittlerweile mehr als dreissig Jahre alt waren und den gesetzlichen Anforderungen nicht mehr genügten. Beide Geschäften wurde mit 35 bzw. 34 Stimmen angenommen.

Die Sitzung endete um 23.30 Uhr.